

die Grundbesitzer das auf ihrem eignen Territorium zu ersetzen suchen, was sie früher auf fiscalischem Boden ziemlich gratis erlangten, Ackerland, das ihnen am wenigsten Feldrente verspricht, als Holzboden niederlegen.

Punkt 3, welche Mittel sind in Anwendung gekommen, um den Verlust der Waldstreu zu ersetzen? wie ist der Uebergang bewirkt worden?

Anlangend dieses Punktes komme ich auf mein früher Gesagtes zurück; der Wirth geht entweder mit dem Geldbeutel nach Stroh oder Streu in großen Privathölzern, oder er kauft Schilf, Moos und Binsen, oder er wird gar genöthwendiget, alte Herbstwiesen und Lohden abzuhacken und einzustreuen.

Aus allen diesen Erkenntnissen zusammengenommen gehet doch hervor, daß es wohl wünschenswerth sei, wenn sich die hohe Staatsregierung veranlaßt sähe, auf den Holzparzellen eine bescheidene Streuabgabe zu bewirken, die ihrem Holzschlagabtriebe ganz nahe sind, dort würde das neuanzulegende Holz trotzdem ganz gut gedeihen, man würde eine ganz ersprießliche Einnahme daraus bewirken und würde die Ueberzeugung gewinnen, Tausenden eine große Wohlthat gethan zu haben!

Verbischof, den 2. Mai 1857.

Mit vorzüglichster Hochachtung unterzeichnet ergebener

L. G. Baffenge.

### Auszug

aus dem Protokoll der Ausschüßigung des landwirthschaftlichen Kreisvereins zu Dresden, vom 7. Mai 1857.

11. 11.

Uebergehend zu No. 147 der Registrande einen Erlaß des Herrn Generalsekretairs vom 18. April d. J., so wird in demselben der Kreisverein ersucht, zu Folge der von dem Herrn Oberlandforstmeister Freiherrn von Berlepsch aufgestellten Fragen, sich darüber auszusprechen: welchen Einfluß die Aufhebung der Streuabgaben aus der Staatswaldung auf den Ackerbau geäußert habe?

Auf Ersuchen hatten in dieser Angelegenheit Herr Schönberg auf Roselitz das Referat, Herr Bassenge auf Verbisdorf das Correferat übernommen.

Beiden Referaten dienten sowohl die in der Mittheilung des Herrn Oberlandforstmeister enthaltenen 7 Fragen, als auch die vom Herrn Generalsekretair in seinem Erlaß vom 18. April laufenden Jahres aufgestellten 3 Fragen als Grundlage, und wurde nun bei der hierüber eröffneten Debatte jeder Punkt einzeln vorgenommen und in Berathung gezogen, wobei aber vorzugsweise die folgenden 3 Fragen des Herrn Generalsekretairs, welche die übrigen in der Hauptsache umfassen, als Basis benutzt wurden.

Zu Frage 1) Welchen Einfluß hat die Entziehung der Streu aus den Staatswäldungen auf den Betrieb des Ackerbaues geäußert? sind hieraus Nachtheile erwachsen und welche?

Hierzu ist von Referent und Correferent erwidert worden, wie aus den schriftlichen Vorträgen derselben näher zu ersehen, daß die Entziehung der Streu in manchen Gegenden für die Landwirthschaft überhaupt und namentlich für die Fabrikarbeiter, welche nur sehr wenig Grundbesitz haben, 1, 2, ja 3 Rühe halten, da die Gelegenheit Gras in den Laubhölzern billig zu erpachten, von großem Nachtheil sei, die Letzteren Streu haben müßten, und solche demnach jetzt nur um hohe Preise in Privatwäldungen zu erkaufen genöthigt wären, oder solche auf unrechte Weise zu erlangen suchten.

Der Herr Generalsekretair bemerkte hierauf, daß es ihm unzweifelhaft erscheine, daß nicht allein ein lohnender Ackerbaubetrieb ohne Streunutzung unter allen Umständen statthaft sei, daß die Entziehung der Streuabgabe mit Nothwendigkeit auf einen rationellen Betrieb der Landwirthschaft hinführen mußte, und vielfache Beweise vorlägen, wie vortheilhaft die veränderte Bewirthschaftungsweise einwirkt.

Herr Referent widersprach dieser Behauptung mit den in seinem Vortrag näher bezeichneten Gründen, worauf von

Herrn Schneider bemerkt wurde, daß allerdings in den besseren Gegenden, wo hinlänglich Stroh und Futter erbaut werde, die Aufhebung der Streuabgabe keinen nachtheiligen Einfluß ausüben werde, es dagegen Distrikte gebe, die hierdurch bedeutend

benachtheiligt würden. Dies sei besonders der Fall in Gegenden, wo Sandboden vorherrschend und zu den Gütern ein großer, aber nur einen geringen Ertrag gewährender Flächenraum gehöre, bei welchen die Außenländer, wenn die Waldstreu fehle, gar keine Düngung erhalten könnten.

Der Herr Vorsitzende ist der Ansicht, daß es mehr Vortheil bringen werde, solche Außenfelder zu Holz niederzulegen und auf magern Sandboden eine andere Bewirthschaftsart als die zeitherige, wo man 4 Jahre hintereinander Getreide baue, einzurichten sei, wo dann die Aufhebung der Streuabgabe weniger fühlbar sein würde; auch könne der Anbau der Lupine, sowie überhaupt weniger Körner- und mehr Futterbau Vortheil gewähren.

Nach vielfachen sich oft entgegenstehenden Besprechungen und Berathungen, bei welchen von dem

Herrn Lieutenant und Königl. Bergverwalter Mittag hervorgehoben ward, daß die Aufhebung der Streuabgabe aus den Staatswaldungen auf die Weinbergbesitzer sehr nachtheilig eingewirkt habe, indem ein Fuder Dünger, was sonst mit 15 ngr. bezahlt wurde, jetzt den Preis von 2 bis 2½ Thlr. habe, stimmten die Ansichten des Ausschusses dahin überein:

daß in den Gegenden, wo die Bodentklassen VIII und X vorherrschend sind, Waldstreu in dortigen Wirthschaften wohl kaum zu entbehren wäre.

Uebergehend zur 2. Frage: Wie gestaltet sich die Verwendung der Streu aus den Privatwaldungen in neuerer Zeit, ist dieselbe im Zunehmen oder Abnehmen begriffen? so haben sich Referent und Correferent in ihren Vorträgen dahin ausgesprochen, daß dieselbe sehr in Zunahme begriffen sei, sogar meist ohne alle Schonung in unverzeihlicher Art ausgeübt werde. Dabei erlange die Waldstreu einen immer höheren Preis, so, daß das Fuder lufttrockener Waldstreu mit 2 Thlr., der Acker bei mittlerer Ausbeute mit 15 bis 16 Thlr. für dergleichen Einstreumaterial bezahlt werde.

Einzelne das Gegentheil behauptende Angaben wurden widersprochen, worauf man sich zur Beantwortung der Frage unter

3) wendete, welche Mittel sind in Anwendung gekommen, um den Verlust der Waldstreu zu ersetzen? wie ist der Uebergang bewirkt worden?

Auch diese Frage ist von den Referenten in ihren schriftlichen Vorträgen beantwortet und zwar dahin: „Der kleinere Wirth muß Waldstreu zu erkaufen suchen, die größern Grundbesitzer helfen sich damit, daß sie sogenannte Simsen, Schilf und abgeschälten Rasen von schlechten Wiesen und Hutungen einstreuen, oder daß sie, um die fehlenden Einstreumittel zu ersetzen, Ackerland, was einen geringen Ertrag gewährt, wieder als Holzland niederlegen, was es theilweise früher schon war.“

In den besseren Gegenden ist der Uebergang wenig erschwerend gewesen, dort hat man durch Ausdehnung des Futterbaues und Anwendung künstlicher Düngungsmittel die Aufhebung der Streu-Abgaben zu ersetzen gewußt, wozu allerdings die nöthigen, nicht geringen Geldmittel leichter aufzubringen waren, als in den Sandgegenden.

An ihr Referat knüpfen die Herrn Schönberg und Bassenge noch den Wunsch: es möchte an kleinere Grundbesitzer in den ärmern, mageren Gegenden vom hohen Staatsfiskus wieder Streu abgegeben werden, welches, ohne dem Holzwuchs zu schaden, an solchen Orten geschehen könnte, wo in ein oder zwei Jahren der Holzschlag hinkommt, wodurch zugleich noch den sich in neuerer Zeit mehrfach ergebenden Calamitäten, welche durch Raupenfraß und die Verheerungen des Borkenkäfers den Holzungen entstanden sind, entgegen gewirkt, und demnach doppelter Nutzen bewirkt werden würde.

2c. 2c.

An denselben.

Das geehrte Generalsekretariat hat unterm 18/28. April d. J. dem unterzeichneten landw. Kreisverein folgende Fragen zur Beantwortung vorgelegt:

1) welchen Einfluß hat die Entziehung der Streu aus den Staatswaldungen auf den Betrieb des Ackerbaues geäußert? sind hieraus Nachtheile erwachsen und welche?

2) Wie gestaltet sich die Verwendung der Streu aus den Privatwaldungen in neuerer Zeit; ist dieselbe in Zunahme oder Abnahme begriffen?

3) Welche Mittel sind in Anwendung gekommen, um den Verlust der Waldstreu zu ersetzen? wie ist der Uebergang bewirkt worden?

Nachdem der Kreisverein die von den Herrn Vorständen der Blauenschen und Hirschfelder Lokalvereine hierüber erstatteten Gutachten vernommen, und selbige in der Sitzung vom 22. d. M. berathen worden sind, verfehlt er nicht das Resultat dieser Berathung dem geehrten Generalsekretariat in Folgendem anzuzeigen:

ad 1. In hiesiger Gegend, namentlich aber in den, in der Nähe gelegenen Auerbacher und Schönecker Staatswäldungen hat eine Befugniß zur Erholung von Streu, besonders aber der sogenannten Bodensstreu nicht stattgefunden, es müßte denn sein, daß einzelne Waldhäuser dazu berechtigt gewesen wären. Wenigstens ist von einer Ablösung derartiger Befugnisse nichts bekannt worden. Da man übrigens in der hiesigen Gegend mehr daran gewöhnt ist, Schneidelsstreu oder Holzhauerstreu zu dem Einstreuen in die Stalungen statt des Strohes zu verwenden, so kommt der Gebrauch des Mooßes oder der Bodensstreu nur ausnahmsweise vor. Insofern aber die Staatswäldungen zur Abgabe dieses Streumaterials nicht verpflichtet waren, so folgt daraus, daß durch die Entziehung desselben ein Nachtheil für die Landwirtschaft nicht erwachsen sein kann.

ad 2. Wie bemerkt worden ist, verwendet man in der Gegend der Auerbacher und Schönecker Staatswäldungen weniger Mooß- oder Bodensstreu statt des Strohes zum Einstreuen, sondern mehr Schneidelsstreu oder Holzhauerstreu. Unter der Erstern wird nämlich diejenige Streu verstanden, die durch Abreißen der Seitenäste von jungen, stehenden Fichten gewonnen wird; unter Holzhauerstreu aber diejenige, die bei dem Holzhauen abfällt. Zur Abgabe von derartigen Streu sind allerdings die im obern Voigtlande gelegenen Güter theilweise verpflichtet gewesen.

Diese Befugnisse sind indessen gänzlich abgelöst worden, da besonders die Abgabe von Schneidelsstreu eine für die jungen Fichtenbestände mit sehr ansehnlichen Nachtheilen verbundene Verbindlichkeit gewesen ist. In den bäuerlichen Wäldungen sind jedoch derartige Servitute nicht vorhanden gewesen. Statt der Schneidelsstreu

wird daher nur vorzugsweise Holzhauerstreu verwendet, die deshalb gegen früher einen frequentern Absatz erlangt hat. Indem aber die Verwendung der Waldstreu statt des Strohes zum Einstreuen in der obern Gegend des Voigtlandes aus dem Grunde sehr gebräuchlich ist, weil es einentheils in allen dasigen Dorfgemeinden viele kleine Besitzungen gibt, die nur eine oder zwei Rüge halten können und keinesweges im Stande sind, die nothwendige Strohquantität selbst zu bauen, das häufig auch als Häckerling zum Futter verwendet werden muß, andernteils aber doch auch in den höher gelegenen Gegenden der Erbau von Stroh sich nicht so ergiebig zeigt, als in jenen, mit besseren klimatischen Verhältnissen ausgestatteten Theilen des Landes, so dürfte sich schwerlich erwarten lassen, daß jemals der Verbrauch der Waldstreu eine Abnahme erleiden möchte, um so mehr, als der Kartoffelbau wegen der vielen in der hiesigen Gegend sich befindlichen Gewerbtreibenden, sich in der Weise vermehrt hat, daß bei den bauerlichen Grundbesitzern regelmäßig der dritte Theil des unterm Pflug getriebenen Arealis dazu verwendet wird, und daher der Erbau an Stroh sehr wesentliche Beschränkungen erleidet.

Die Gewerbtreibenden in den kleinen Städten und auf den Dörfern geben nämlich den bauerlichen Grundeigenthümern den Dünger, diese aber gewähren dafür das Feld zu den auszuliegenden Kartoffeln und bauen in den folgenden Jahren in dieser Düngung Sommergetreidefrüchte, die aber deshalb durchgängig spärlich ausfallen, weil die Kartoffeln zu oft auf einander folgen, und das in zweiter Tracht gesäete Sommerkorn keinesweges den Ertrag an Stroh liefern kann, als solches, welches in der Düngung selbst gebaut wird.

Das bisher Gesagte gilt, wie bereits bemerkt, hauptsächlich von den, in der Nähe der Auerbacher und Schönecker Staatswaldungen gelegenen Dörfern und Rittergütern.

Die in der mildern Pflege des Voigtlandes sowohl, als in den übrigen zum hiesigen Kreisvereinsbezirk gelegenen Rittergüter entnehmen in neuerer Zeit aus ihren Waldungen nur dann Streu, wenn ein wirklicher Strohangel eintritt, der aber um so seltener auch hier vorkommt, je rationeller die Landwirthschaft man zu be-

treiben fortwährend anstrebt. Ist also namentlich Seitens der Rittergüter eine erfreuliche Abnahme der Streulieferung an ihre Landwirthschaft eingetreten, so sind es doch immer noch die Bauern, die nach wie vor die wenige Streu in ihren an und für sich schon meist dürftigen und vernachlässigten Waldungen zusammentragen, ohne zu bedenken, daß der empfindliche Nachtheil, den sie somit ihren Hölzern zufügen, in keinem Verhältniß steht mit dem Nutzen, den sie mit der geringen und gehaltlosen Waldstreu ihren Feldern zu bringen glauben. Richtiger und rationeller handeln diejenigen — und dieß kommt jetzt wohl am meisten vor — die ihr Holz überhaupt wegschlagen und diese Fläche zu Feld kultiviren, weil sie dadurch den fortwährend ausgelegten Holzreveln die sichersten Schranken setzen.

Bedenkt man aber, wie sehr dadurch der Waldbau verringert wird, und ob es nicht an der Zeit sei, diesen von Tag zu Tag überhand nehmenden Devastationen der Privatwaldungen auf dem Wege des Gesetzes, durch Einrichtung eines hinlänglich genügenden Zwangs forstschutzes, und durch größere Ueberwachung der für die Privatwaldungen erforderlichen Kulturen, Einhalt zu thun, so hält es der unterzeichnete Kreisverein für dringend nöthig, diesen Uebelstand bei der sich jetzt darbietenden Gelegenheit hiermit besonders hervorzuheben und das geehrte Generalsekretariat zu ersuchen, solchen in Erwägung zu ziehen, und die bereits in frühern Jahren, wenn wir nicht irren im Jahre 1849, von den verschiedenen landwirthschaftlichen Vereinen Sachsens deßhalb gestellten Anträge bei dem Königl. Ministerium des Innern zu wiederholen und um deren schleunigste Berücksichtigung zu bitten.

ad 3. Die Beantwortung dieser Frage liegt zu einem großen Theil schon in dem, was ad 2 im Eingange bemerkt worden ist. Außerdem, daß nun vorzugsweise nur Holzhauerstreu verwendet wird, läßt sich nämlich eine weitere Aenderung nicht wohl ausführen. Der ausgedehnte Kartoffelbau ist und bleibt für die vorhandene, so bedeutende Bevölkerung eine unerläßliche Nothwendigkeit, denn schon das Mißrathen dieser Frucht bewirkt bekanntlich einen empfindlichen Mangel. Es möchte daher nur noch zu bemerken sein, daß dieser so sehr gesteigerte Kartoffelbau nur in den zunächst

den Städten gelegenen Ortschaften stattfindet, und daß man in denjenigen Dörfern, die weiter abwärts liegen, wo so zu sagen der Betrieb der Landwirthschaft noch vorherrschend ist, in Beziehung auf die Einführung vortheilhafterer Wirthschaftssysteme, schon bedeutende Fortschritte gemacht hat, und also für einen verminderten Verbrauch der Waldstreu besorgt gewesen ist.

Reichenbach, den 25. Juli 1857.

Der landw. Kreisverein daselbst:  
v. Metzsch, Vorstand.

## Personalien.

### Veränderungen unter dem Forstpersonal im Kalenderjahr 1858.

(Vergl. Monatschrift von 1858, Seite 53.)

#### Baden.

#### 1. Beförderungen:

Forstpraktikant Heinr. Pfeffer zum Gemeindebezirksförster in Schriesheim.

Forstpraktik. Hermann Hofmann, bisher Gemeindebezirksförster in Offenburg zum Bezirksförster in Zell am Harmersbach.

Forstpraktik. Wilh. Matthes, bisher Bezirksförster des Forbacher Heiligenfonds zum Bezirksförster in Petersthal.

Forstpraktik. Wilh. Konst. Schmitt, bisher städt. Bezirksförster in Ettlingen zum Bezirksförster in Willingen.

Forstpraktik. Karl Maler, Gemeindebezirksförster von Todtnau zum Bezirksförster in Neustadt.

Forstpraktik. Karl Müller zum Gemeindebezirksförster in Todtnau.

Forstpraktik. Herm. Lubberger zum Gemeindebezirksförster in Ettlingen.

Forstpraktik. Alb. Dfner zum Gemeindebezirksförster in Offenburg. Bezirksförster, Forstmeister von Rotberg zum Forstinspektor in Freiburg.

Bzksfrstr. von Kagenet zum Forstrath bei der Direktion der Forste, Berg- und Hüttenwerke zu Karlsruhe.